

Lohndrucker Post

DHL – Tochter schnürt Paketboten die Luft ab

Das Paket enthält nichts Gutes. Mitte Januar verkündete der Vorstand der gelben Post einen weiteren massiven Personalabbau im Konzern. Zukünftig sollen Paketzusteller zu deutlich schlechteren Gehältern und Arbeitsbedingungen in einer neuen DHL Delivery GmbH arbeiten. Betroffen sind rund 10.000 Beschäftigte. Klammheimlich wurde der neue Dumping-Paketdienst im November gegründet. Gezahlt wird nur noch nach regionalen Logistiktarifverträgen. Laut Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) drohen den Beschäftigten allein mit Blick auf den Stundenlohn Absenkungen von bis zu rund 20 Prozent. Ziel ist, die Post will bis 2020 ihren Gewinn auf 5 Milliarden Euro verdoppeln.

Ver.di sieht im dem Vorgehen eine breit angelegte Tarif- und Mitbestimmungsflucht. Andrea Kocsis, stellvertretende ver.di-Vorsitzende, bezeichnet das Ganze als "einen sozialpolitischer Skandal erster Güte". Dadurch sei „die Sozialpartnerschaft im Kern erschüttert“ beanstandete sie.

Unter Ausnutzung der gesetzlichen Möglichkeiten, eines Teilzeit- und Befristungsgesetzes von SPD, CDU, Grüne und FDP, gibt es bei der Deutschen Post mehr als 24.000 befristete Beschäftigte. Davon sollen nun knapp die Hälfte in die Billiggesellschaft wechseln. Zu Löhnen arbeiten, die niedriger liegen als während der befristeten Jobs. Dabei versuchen die Bosse des Konzerns, sich über geltende Vereinbarungen oder Tarifverträge hinwegzusetzen.

Zugeständnisse von ver.di beim Abschluss von bestehenden Haustarifen ohne mögliche Mobilisierungen sind für die Konzernspitze verlockend, immer weitere Angriffe auf die Gewerkschaften und Belegschaften zu fahren. Trotz Existenz eines gültigen Vertrages, der bis zum 31. Dezember 2015 ein Verbot von weiteren Fremdvergaben verbietet, gibt es erste Regionen, in denen die DHL Delivery Fakten für die Paketzustellung schafft. Unter anderem in Berlin, Rostock, Hamburg, Frankfurt/Main, Nürnberg und Karlsruhe.

Die Monierung von ver.di, so werde die Sozialpartnerschaft erschüttert, wird keinen Seismographen in der Vorstandsetage der Post in Bonn bewegen. Das Vorhaben nicht bremsen. Erst recht nicht, weil die Empörung, die „Arbeitgeber kündigten die Sozialpartnerschaft auf“ fasst schon zum ständigen Repertoire von einigen Gewerkschaftssekretären gehört.

Die Personalpolitik der Post, aber auch die Äußerung von Kocsis führte in mehreren Internetforen bei Betroffenen zu Kritik. „Die Entrüstung von ver.di reiche nicht“ schreibt ein Paketzusteller. „Betriebsräte und Gewerkschaften müssen mit den Betroffenen ein Konzept erarbeiten, wie man auf die Ausgliederung von Personal wirkungsvoll reagiert“. Wie Widerstand überbetrieblich organisiert wird. „Dazu gehöre auch ein Erzwingungsstreik“. Eine Kollegin: „Sozialpartnerschaft kann nur auf gleicher Ebene stattfinden“. Um dann zu bemerken, „wo es diese in der Bundesrepublik jemals zwischen Gewerkschaften, Beschäftigten und Kapital gegeben hat? Also, Schluss mit der Schwafelei“.

Auf Nachfrage bestätigte ver.di, rechtliche Schritte gegen das Vorgehen der Post zu prüfen. Allerdings verspreche man sich nicht allzu viel davon. Damit verstreiche zuviel Zeit. Trotzdem, so Kocsis, denke man nicht an Streik und sehe diesen als letztes Mittel.

Herbert Schedlbauer